



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ältestenrat und Finanzausschuss	18.05.2022	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Gemeinwohlwirtschaft
hier: Antrag der ÖDP vom 25.06.2020

und

Gemeinwohl-Ökonomie in der Stadt Nürnberg
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.09.2021

Anlagen:

Entscheidungsvorlage
Antrag der ÖDP vom 25.06.2020
Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/Die Grünen vom 30.09.2021

Sachverhalt (kurz):

Die Verwaltung soll über das Konzept und die Einführung einer Gemeinwohl-Bilanz für die Stadt Nürnberg bzw. Teilbereiche der Verwaltung/ die Eigenbetriebe berichten.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Ref. III

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss nimmt die Entscheidungsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Vorgehen zu.